



Mitteilungsblatt

Ausgabe 2 / 2006

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der Ausgabe 2 / 2006 des Mitteilungsblatts, die aus technischen und persönlichen Gründen etwas spät kommt, was wir bedauern, unterrichten wir Sie über die Aktivitäten des Landesverbandes im Frühjahr und Sommer.

Ihre Redaktion

Landesvorstand bei Präsidenten des Landesarbeitsgerichts Prof. Dr. Schmidt

Am 30.03.2006 besuchte der Landesvorstand, vertreten durch die Vorsitzende Ulrike Müller-Rospert und den stellvertretenden Vorsitzenden Reinhard Endell, den Präsidenten des Landesarbeitsgerichts Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. Klaus Schmidt. Themen des Zusammentreffens waren u.a. Pebb§y I, II und Fach, die Zusammenlegung der Gerichtsbarkeiten sowie die Justizreform und ferner die Landtagswahl.

Die Ergebnisse der jeweiligen Pebb§y-Studien wurden miteinander verglichen und bewertet. Beim Thema Zusammenlegung der Zivil- und Arbeitsgerichtsbarkeit wurde das gemeinsame Ziel hervorgehoben, die Trennung der Gerichtsbarkeiten beizubehalten.

Im Zusammenhang mit der anstehenden Justizreform stellte der Präsident des LAG für die Arbeitsgerichtsbarkeit dar, dass eine Reformierung des § 11 Abs. 2 ArbGG geplant sei, wonach auch vor dem Bundesarbeitsgericht zukünftig Verbandsvertreter auftreten dürfen, soweit es sich um Volljuristen handelt.



v.l.n.r.: Endell, Müller-Rospert, Feldmeier, Prof. Dr. Schmidt

Bei der Diskussion über den Sinn und Zweck von und Erfahrungen mit ehrenamtlichen Richter/innen in der Arbeitsgerichtsbarkeit und Schöff/inn/en in der ordentlichen Gerichtsbarkeit wies der Präsident auf eine geplante Änderung im Arbeitsgerichtsgesetz (§§ 22, 23 ArbGG) hin, wonach zu ehrenamtlichen Richter/innen nicht mehr Verbandsvertreter berufen werden sollen, die zugleich auch als Prozessvertreter vor dem gleichen Gericht auftreten können.

Das kurzweilige Gespräch führte insgesamt zu einem interessanten Erfahrungsaustausch, so dass weitere Informationsgespräche zu erwarten sind.

Dorothee Feldmeier



**„Selbstverwaltung der Justiz“
Stellungnahme zum Positionspapier des
Deutschen Richterbundes**

I. In dem Positionspapier wird zutreffend darauf hingewiesen, dass es in Deutschland an einer konsequenten und durchgängig vollzogenen Trennung der dritten Staatsgewalt (Judikative) von der zweiten Staatsgewalt (Exekutive) noch fehle, weil im Zusammenhang mit Justizverwaltung die Gerichte und Staatsanwaltschaften als „nachgeordnete Behörden“ hierarchisch dem Justizministerium unterstellt sind, wodurch eine vielfältige Abhängigkeit begründet wird. Eine vollständige Unabhängigkeit der Gerichte besteht lediglich in dem Kernbereich der Justiz, der Rechtsprechungstätigkeit, nicht aber in den Justizverwaltungsbereichen.

Ebenso zutreffend wird in dem Positionspapier darauf hingewiesen, dass eine große Anzahl der anderen Mitgliedsländer der Europäischen Union sich für eine weitergehende Selbstverwaltung der Justiz entschieden hat. So weist die große Anzahl der übrigen europäischen Staaten eine deutlich höhere Unabhängigkeit der Justiz von der Exekutive aus. Die südeuropäischen Länder Frankreich, Italien und Spanien kennen die Selbstverwaltung der Gerichte seit langem; allerdings muss in diesem Zusammenhang kritisch angemerkt werden, dass dies nicht immer zu befriedigenden organisatorischen Ergebnissen führt (vgl. auch: Mackenroth und Teetzmann in ZRP 2002, 337, 339 und Mertin in ZRP 2002, 332).

Auch muss in diesem Zusammenhang – gleichfalls kritisch – angemerkt werden, dass in einem Land wie Italien sowohl die politischen Verhältnisse als auch das Selbstverständnis des Staates und seiner Ordnungsfunktionen anders gestaltet sind als in Deutschland. Gerade die zum Teil offen justizkritische Rechtspolitik der früheren italienischen Regierung Berlusconi lässt es als verständlich und naheliegend erscheinen, dass sich die Justiz dort organisatorisch vollständig von der übrigen Staatsverwaltung abgekoppelt hat bzw. versucht dies zu tun. In der Bundesrepublik Deutschland ist – glücklicherweise – eine grundlegende Skepsis gegenüber einer unabhängigen Justiz aus Kreisen der Politik und der Regierung nicht anzutreffen.

II. Das Positionspapier des Deutschen Richterbundes legt bei dem organisatorischen Aufbau einer selbstverwalteten Justiz den Schwerpunkt auf die Aufgaben des Richterwahlausschusses und des Justizverwaltungsrates.

Was die Zusammensetzung des Richterwahlausschusses anbetrifft, ist vorgesehen (Positionspapier Seite 4; Ziff. 8 b) (2)), dass der Richterwahlausschuss aus einer gleichen Anzahl von durch Urwahl gestellten Vertretern der Justiz und von Parlamentariern und einem Vorsitzenden besteht. Das Konzept geht daher von einer grundsätzlich paritätischen Besetzung des Richterwahlausschusses aus. Wenn aber die Zielsetzung des Projektes eine organisatorische Verselbstständigung der Justiz ist, erscheint es nicht folgerichtig, den Richterwahlausschuss mit einem relativ hohen Anteil von Parlamentariern zu besetzen. Wenn der Ausschuss, der auch mit dem Justizminister als Vorsitzenden besetzt ist, mit einfacher Mehrheit entscheidet, so kann eine Entscheidung immer gegen die Vertreter aus der Justiz erfolgen. Deshalb ist die auch von dem Bezirksverein Koblenz vorgebrachte Überlegung (Anlage 1 Seite 2) zutreffend, ob nicht bezüglich des Richterwahlausschusses eine Zweidrittelmehrheit gefordert werden sollte, da auf diesem Wege die Einrichtung Richterwahlausschuss eher die Struktur eines Selbstverwaltungsorgans annehmen würde.

III. Insgesamt ist zu sagen, dass das Positionspapier „Selbstverwaltung der Justiz“ ein intelligentes, mutiges und im Hinblick auf die konsequente Durchsetzung von Selbstverwaltungsstrukturen folgerichtiges Konzept ist. Es ist zu begrüßen, wenn hierdurch eine intensive Diskussion in der Richterschaft in Richtung Stärkung der Mitbestimmung ausgelöst wird.

Ob allerdings die Ausgliederung eines Teils der Justizverwaltung aus der Exekutive zu neuen und zusätzlichen Problemen führen kann bei der politischen Durchsetzung der gewünschten Positionen, gerade was haushaltstechnische Diskussionen und Sachzwänge anbetrifft, kann zur Zeit abschließend nicht beantwortet werden. In die Diskussion in Richtung Selbstverwaltung der Justiz sollte allerdings eingetreten werden. Hierzu ist das



Diskussionspapier eine geeignete und differenzierte Grundlage.

Reinhard Endell

Stellungnahme zum Entwurf einer 16. Landesverordnung zur Änderung der Beihilfenverordnung – Schreiben an den Finanzminister

Es ist zu begrüßen, dass der Entwurf der Änderungsverordnung eine Regelung vorsieht, welche Härten beim Krankenversicherungsschutz für bereits im Wintersemester 2006/2007 Studierende und deren Eltern vermeiden soll.

Die beabsichtigte Änderung der Beihilfenverordnung geht unseres Erachtens aber nicht weit genug.

Richter und Beamte verlieren infolge der Herabsetzung des Höchstalters für den Bezug von Kindergeld durch das Steueränderungsgesetz 2007 ab dem 25. Lebensjahr eines in Ausbildung befindlichen Kindes den Familienzuschlag, weil dessen Gewährung an die Berechtigung zum Bezug von Kindergeld anknüpft. Gegen diese Verknüpfung war nichts einzuwenden, solange die vom Bundesgesetzgeber gewählte Höchstgrenze für die Kindergeldberechtigung die durchschnittliche Dauer von Hochschulausbildungen ausreichend berücksichtigt hat. Hiervon ist für die Zeit ab Inkrafttreten des Steueränderungsgesetzes 2007 indes nicht mehr auszugehen. Der verfassungsrechtlich geschützte Grundsatz der Alimentation erfordert deshalb eine eigenständige Regelung über die Berechtigung zum Bezug eines Familienzuschlages, die der Verpflichtung zur Leistung von Ausbildungsunterhalt durch Beamte und Richter ausreichend Rechnung trägt.

Dem entsprechend besteht auch kein ausreichender Grund, studierende Kinder bei Gewährung von Beihilfe bereits ab Vollendung des 25. Lebensjahres nicht mehr zu berücksichtigen.

Wir fordern Sie deshalb auf, die erforderlichen Änderungen der Beihilfenverordnung und des Besoldungsrechts in die Wege zu leiten.

Die indirekten Entlastungswirkungen des Steueränderungsgesetzes 2007 auf den Landeshaushalt mögen zwar aus finanzpolitischer Sicht nicht unerwünscht sein. Es ist jedoch nicht hinzunehmen, dass Familien von Richtern und Beamten

durch eine Addition von Kürzungsmaßnahmen besonders belastet werden.

Rolf Geisert, Zweibrücken

Richterwahlausschuss

Der Richterwahlausschuss wurde vom Landtag Rheinland-Pfalz neu gewählt. Die Wahl der richterlichen Mitglieder entspricht dem Ergebnis der Wahlen der Richter zu den Vorschlagslisten.

Folgende **Abgeordnete** gehören dem Ausschuss an:

1. Abg. Jochen Hartloff (SPD)
2. Abg. Carsten Pörksen (SPD)
3. Abg. Dieter Burgard (SPD)
4. Abg. Norbert Stretz (SPD)
5. Abg. Clemens Hoch (SPD)
6. Abg. Herbert Schneiders (CDU)
7. Abg. Dr. Axel Wilke (CDU)
8. Abg. Bernhard Henter (CDU)

A. Ständiges richterliches Mitglied:
Mitglied Becker, Thomas, RAG

1. Ersatzmitglied Lambert, Peter, RAG
– stdVDirAG –
2. Ersatzmitglied Probson, Martin, DirAG
3. Ersatzmitglied Blettner, Angelika, Dir'inAG

B. Nichtständige richterliche Mitglieder:
I. Ordentliche Gerichtsbarkeit
Mitglied Jacob, Peter, DirAG

1. Ersatzmitglied Kanter, Gisela, Dir'inAG
2. Ersatzmitglied Edinger, Thomas, DirAG
3. Ersatzmitglied Kuhs, Helmut, VRLG

II. Verwaltungsgerichtsbarkeit
Mitglied Dr. Fritz, Peter, VRVG

1. Ersatzmitglied Zimmer, Michael, PräsvG
2. Ersatzmitglied Faber-Kleinknecht, Elisabeth, VRVG
3. Ersatzmitglied Dr. Held, Jürgen, VROVG

III. Finanzgerichtsbarkeit
Mitglied Weiß, Barbara, RinFG

1. Ersatzmitglied Diehl, Klaus, RFG
2. Ersatzmitglied Wassmann, Wilhelm, VRFG
3. Ersatzmitglied Lind, Ulrich, VRFG



IV. Arbeitsgerichtsbarkeit

Mitglied Feldmeier, Dorothee, RinArbG

1. Ersatzmitglied Vonderau, Maria, Dir'inArbG
2. Ersatzmitglied Dr. Speiger, Peter, VRLAG
3. Ersatzmitglied. Wildschütz, Martin, DirArbG

V. Sozialgerichtsbarkeit

Mitglied. Dr. Tappert, Willi, RLSG

1. Ersatzmitglied Büchel, Gudrun, RinLSG
2. Ersatzmitglied Riefler, Christian, RSG
3. Ersatzmitglied Wittenbrock, Jörg, RSG

C. Rechtsanwaltschaftliches Mitglied:

Mitglied RA JR Dr. Westenberger, Norbert, Mainz

1. Ersatzmitglied RA JR Weis, Rolf-Siegmond, Speyer
2. Ersatzmitglied RA JR Jansen, Friedrich, Neuwied
3. Ersatzmitglied RA Brauer, Hans-Richard, Frankenthal

Plausibilitätsüberprüfung von Pebbßy

Dem Mitteilungsblatt 1/2006 hatten wir einen Fragebogen des Landesverbandes Baden-Württemberg beigelegt, um mit Ihren Einschätzungen und Daten eine Plausibilitätsprüfung von Pebbßy durchführen zu können. Leider hat sich in unsere Einführung ein Druckfehler bei der Formel eingeschlichen, den wir zu entschuldigen bitten. Sie lautet richtig:

Menge x Basiszahl = Personalbedarf geteilt durch Jahresarbeitszeit in Minuten

Die Personalbedarfsberechnung auf der Grundlage der Zahlen für das Kalenderjahr 2005 lässt weiter auf sich warten. Auch reichen die bisher eingereichten Fragebögen für eine Auswertung leider noch nicht aus. Aus diesen beiden Gründen hat sich das Präsidium entschlossen, die Fragebogenaktion noch einmal gegen Ende des Jahres durchzuführen. Allen, die ihren Fragebogen bereits abgegeben haben, danken wir recht herzlich für die Mitarbeit.

Regierungserklärung von Ministerpräsident Kurt Beck zum Thema Justiz

„Einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung unserer Freiheit leistet die rheinland-pfälzische Justiz. Ihre Qualität und Effizienz haben einen hohen Standard, den wir auch in Zukunft halten werden. Wir wollen einen bürgerfreundlichen und zügigen Rechtsschutz vor den Gerichten aller Gerichtsbarkeiten. Eine weiterhin gute Personalausstattung ist dafür unerlässlich. Wir müssen deshalb, bei angemessener Berücksichtigung der Erfordernisse des Haushalts, künftigen Herausforderungen auch durch eine personelle Verstärkung begegnen. Das gilt besonders im Bereich der Strafjustiz und der Bewährungshilfe.

Was den Justizvollzug angeht, konnte in den letzten Jahren eine beträchtliche Anzahl neuer Haftplätze geschaffen werden. Dies wird fortgesetzt. Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung erfordert einen funktionierenden und effizienten Strafvollzug. Er ist eine Kernaufgabe staatlicher Justiz.

Die Ausstattung aller Gerichte und Staatsanwaltschaften mit moderner Informationstechnologie werden wir mit Vorrang weiter vorantreiben. Bewährungshilfe und Gerichtshilfe werden wir bei ihrer Arbeit weiter unterstützen. Denn auch straffällig gewordenen Menschen muss nach Verbüßung ihrer Strafe die Chance zu einem sozial verantwortlichen Leben gegeben werden.

Die Anforderungen an die Justiz wachsen zum Teil rasant. Deshalb müssen gesetzliche Regelungen getroffen werden, um eine rechtsstaatlichen Anforderungen genügende und gleichzeitig effiziente Arbeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften zu garantieren. Dazu bedarf es nicht unbedingt einer so genannten Großen Justizreform. Sinnvoll ist eine Vereinheitlichung der Gerichtsverfassungen und der Prozessordnungen. Nützlich – und ohne Gefährdung rechtsstaatlicher Garantien möglich – ist auch eine Überprüfung der Strukturen der Justiz und der Frage der Zusammenlegung von Gerichtsbarkeiten. Vor allem geht es um die Nutzung bestehender und die Schaffung neuer gesetzlicher Möglichkeiten zu einem einvernehmlichen Ausgleich zwischen streitenden Parteien. Wir zielen hier auf eine Ausweitung der Möglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs und des in Familiensachen erfolgreich praktizierten so genannten »Cochemer Modells«.



Benchmarking

Was ist das?

Bisher hatte ich nur gehört: Lernen vom Besten !
Aha, dachte ich: Das ist wohl eine Methode, den Mitarbeitern noch höhere Leistungen abzuverlangen als bisher? Wie soll das gehen?

Bevor ich aber allzu laut Kritik üben würde, wollte ich mich informieren und habe mich deshalb auf eine Fortbildungsveranstaltung des Landes Niedersachsen an der Richterakademie in Trier mit dem Thema Benchmarking beworben. Außerdem habe ich mich informiert, um was es dabei eigentlich geht.

Das Wort Benchmarking hat seinen Ursprung in der Holzverarbeitung. Ein Schreiner hat früher eine Markierung (mark) an seiner Werkbank (bench) angebracht. Mit diesem Maß stellte er sicher, dass z.B. beim Herstellen von Stühlen alle Stuhlbeine gleich lang wurden.

Heute hat sich der Begriff Benchmarking in vielen Bereichen etabliert und bedeutet eben „vom Besten lernen“ oder die Kenntnis von „best practices“.

Die Methode ist auf die US-amerikanische Firma Xerox Corporation zurückzuführen: Der Kopiererhersteller befand sich Ende der 70er Jahre in einer schwierigen Wettbewerbsposition. Der Konkurrent Canon aus Japan brachte einen Kopierer zu einem Verkaufspreis auf den Markt, der wesentlich unter den Herstellungskosten für vergleichbare Geräte bei Xerox lag. Die Marktanteile von Xerox fielen auf dem Kopierermarkt steil ab. Aus diesem Grund wandte Xerox 1979 zum ersten Mal ein Benchmarking an: Es wurde



ein Kopierer der Konkurrenz gekauft, zerlegt und die einzelnen Komponenten mit jenen der eigenen Kopierer verglichen. So konnten die niedrigeren Herstellungskosten bei Canon zu einem großen Teil erklärt werden. Im nächsten Schritt wurden die Aktivitäten der einzelnen Wertschöpfungsketten im Unternehmen analysiert, mit dem Ergebnis, dass erhebliche Probleme in den Logistik- und Vertriebsprozessen aufgedeckt werden konnten.

Seitdem hat sich das Benchmarking in mehreren Generationen weiterentwickelt und zu unterschiedlichen Erscheinungsformen geführt. Es wird nicht nur in der Industrie sondern auch im Dienstleistungsbereich und in öffentlichen Institutionen angewandt.

Bereits auf der Justizministerkonferenz vom Juni 2005 sprachen sich die Justizministerinnen und Justizminister für die Einführung eines einheitlichen Qualitäts-Managements durch ein strukturiertes Benchmarking-Verfahren aus. Dazu sollen landesinterne Vergleichsringe nach identischen Vorgaben eingerichtet werden, die nach einheitlichen Kriterien Kennzahlen erheben und möglichst nach einheitlicher Methodik Veränderungsprozesse einleiten. Daneben soll ein länderübergreifender Vergleichsring gebildet werden, an dem die Zentralen Mahngerichte der Länder teilnehmen. Die Ministerinnen und Minister beauftragten die Länder Baden-Württemberg und Niedersachsen, zusammen mit den anderen Ländern Vergleichsringe, den Austausch der Ergebnisse und das weitere Vorgehen im Benchmarking-Verfahren zu organisieren und zu koordinieren.

Das OLG Celle hatte sich des Themas bereits zuvor angenommen und beschreibt das Ziel des Benchmarking so:

Das Ziel ist immer, „vom Besten zu lernen“ und sowohl auf Verwaltungsebene als auch bei den Verfahrensabläufen Optimierungen zu erreichen, um damit die Zufriedenheit der Rechtsuchenden und der Mitarbeiter zu steigern. Für die dazu zunächst erforderliche Analyse kommt neben dem Erfahrungsaustausch die Erhebung von Verfahrenskennzahlen (Anzahl von Berufungen, Beschwerden usw., Verfahrensdauer) ebenso in Betracht wie die Befragung von Rechtsanwälten, Mitarbeitern und von nachgeordneten Behörden.

Nach dieser Idee führt das OLG Celle seit gut 2 Jahren das Projekt „Amtsgerichte im Leistungs-



vergleich" (AGiL) durch, bei dem anonymisierte Zufriedenheitswerte und Verfahrenszahlen erhoben sowie Vorschläge für Verbesserungen erarbeitet wurden. Konkret wurden bei einem Vergleichsring von 6 - 8 Amtsgerichten Fragebogen mit ca. 140 Fragen verteilt oder in den PC gestellt, die freiwillig von Mitarbeitern, Rechtsanwälten und ggfs. dem rechtsuchenden Publikum ausgefüllt wurden. Diese Fragebogen hat das OLG zentral ausgewertet und die Ergebnisse verglichen. Es gab verschiedene Ranglisten, auf denen sich die Amtsgerichte wieder fanden. Nur die 3 besten Amtsgerichte wurden genannt. Anschließend wurden Arbeitsgruppen gebildet, die die Unterschiede bei den einzelnen Amtsgerichten darstellten und Verbesserungsvorschläge erarbeiteten. Diese wurden der Behördenleitung vorgestellt.

Nach den 2 Jahren ist jetzt ein Erfahrungsaustausch über die in die Tat umgesetzten Verbesserungen geplant.

Ein weiterer Vergleichsring wurde darüber hinaus ins Leben gerufen: Landgerichte im Leistungsvergleich (LiVe).

An der Veranstaltung in Trier nahm an den beiden letzten Tagen die Behördenleitung von 2 Amtsgerichten teil; die Herren Direktoren und der Geschäftsführer waren überzeugt von dieser Methode. Messbare Ergebnisse wurden nicht vorgestellt, sollten wohl auch nicht dargelegt werden, weil jede Behörde für sich ihren Nutzen ziehen sollte. Es ging ausdrücklich nicht darum, dass durch rationelleres Arbeiten Personal eingespart werden sollte, eher sollte der Druck, der durch die bereits erfolgten Einsparungen entstanden war, abgemildert werden. Alle Beteiligten waren überzeugt, dass sich das Arbeitsklima durch den Austausch und die selbst erarbeiteten Lösungen sehr verbessert hatte und der Arbeitsablauf einfach reibungsloser funktionierte.

Meine ursprüngliche Skepsis habe ich inzwischen aufgegeben: Das Ziel, die Abläufe zu rationalisieren und zu verbessern, ist durchaus erstrebenswert. Nachdem man mir alles ausführlich erklärt hat, erscheinen mir nun aber die Methode der Datenermittlung und die Umsetzung der Ideen durch Arbeitskreise sehr aufwendig und ich überlege mir, ob das Ziel nicht auch auf einfacherem Weg zu erreichen ist.

Beate Benner, Präsidentin des LG Bad Kreuznach

Habe ich heute schon meine Haftsache beschleunigt ?

Gedanken zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

In drei spektakulären Entscheidungen hat das BVerfG – man sollte zur Ehrenrettung anderer Verfassungsrichter vielleicht sagen: die 3. Kammer des 2. Senats – Entscheidungen der OLGE Düsseldorf, Köln und Koblenz zur Fortdauer der Untersuchungshaft in langwierigen Strafverfahren aufgehoben. Der Inhalt der Entscheidungen dürfte inzwischen geläufig sein. Bei uns im Haus werden sie jedoch seit Wochen intensiv diskutiert. Deshalb soll das Augenmerk in diesem – sicherlich leicht überspitzten – Beitrag den Gedanken gewidmet sein, die sich ein in Strafsachen tätiger Richter eines der betroffenen Landgerichte so macht: Sämtliche Beschlüsse fordern die Gerichtspräsidenten auf, die zur Beschleunigung erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Wie soll er/sie das denn tun? Neues Personal gibt es nicht. Im Gegenteil. Aber nicht nur die Strafkammern platzen aus allen Nähten. Also sollen wohl Zivilkammern umgewidmet werden. Prima! Vielleicht muss der Richter am BVerfG dann demnächst 15 Jahre und länger auf eine zivilgerichtliche Entscheidung über seinen Gewährleistungsprozess warten und mit dem undichten Schiebedach leben. Oder vom Amtsgericht Richter abziehen, weil dort weniger Haftsachen sind? Prima! Dann muss der Kollege aus Karlsruhe eben 10 Jahre auf das Räumungsurteil gegen den Mietnomaden warten, weil die abgezogenen Richter am Amtsgericht in den großen Strafkammern die Haftsachen beschleunigen. Aber manch ein Präsident hat nach Auffassung des BVerfG wirklich einleuchtende Maßnahmen außer Acht gelassen: In einem Beschluss soll es darauf ankommen, wann die Beisitzerin ihre Schwangerschaft mitgeteilt hat und weshalb nach 44 Verhandlungstagen nicht ein Ergänzungsrichter „zu diesem Zeitpunkt“ eingesetzt werden konnte, sondern der Prozess abgebrochen werden musste.

Nun gut: Ein Verfassungsrichter mag die StPO (das ist die Strafprozessordnung!) so auslegen, dass zur Beschleunigung auch noch während des Verfahrens ein Ergänzungsrichter einspringen kann. Einem Praktiker fällt es sicher schwer, auf eine solche Idee zu kommen. Oder haben die Kollegen in Karlsruhe die Empfängniszeit von Richterinnen mit denen von Elefanten verwechselt? Meyer-Goßner und Brehms Tierleben wis-



sen sicher Rat. Die Dauer der Schwangerschaft ist das Eine. Gesetzliche Fristen sind das Andere, aber auch darauf sollen wir uns mehr verlassen können: Ob ein Prozess über drei Jahre mit immer wieder scheibchenweise vorgebrachten Beweisanträgen auf eine Verzögerungsstrategie der Verteidigung zurückzuführen ist, soll dahinstehen können. Ob die Kammer – offenbar um ihre anderen Verfahren noch bewältigen zu können und wegen anderweitiger Verhinderung der Verteidiger – mehr als einmal pro Woche hätte „sitzen“ müssen, soll auch egal sein. Denn: Das Urteil wurde erst kurz vor der Urteilsabsetzungsfrist zur Geschäftsstelle gereicht. Dabei hatte es doch nur 66 Seiten! Zugegeben: Im Gesetz steht die Höchstfrist. Das Urteil ist unverzüglich abzusetzen. Der Verfasser dieser Zeilen fürchtet aber bereits die Aufhebung eines noch nicht abgesetzten Urteils, weil er – statt sich um die Feststellungen zu kümmern – BVerfG-Entscheidungen liest! Und sich zu kommentieren erdreistet! Außerdem hatte ich es in den letzten zwei Jahren nur in zwei Verfahren mit Kunden zu tun, die nicht in U-Haft saßen oder untergebracht waren, zumindest verschont waren oder sich in Strafhaft befanden (Strafvollstreckung).

Da ich – eine andere Forderung des BVerfG – überobligationsmäßig arbeiten muss, um meinen Kunden möglichst schnell zur gerechten Strafe zu verhelfen (notfalls am Abend und an den Wochenenden, was wir übrigens ohnehin schon oft genug tun), gerät jede Fortbildung, ja sogar jede Freizeitaktivität zur Gewissensprüfung! Ich könnte ja auch noch einige Seiten lang Beweise würdigen, statt bereits um 20:30 Uhr ins Kino zu gehen. Und wenn ich nicht alle vier Wochen an einem Vormittag aus purem Jux Referendare ausbilden würde, könnte mein Vorsitzender wieder eine Sitzung terminieren.

Und überhaupt: Ein straffes Programm gehört zu jedem Sitzungstag! Wir sollen von Verfassungs wegen (Beschleunigungsgebot und Freiheitsrechte!) gehalten sein, ein Alternativprogramm vorrätig zu halten, wenn die Vernehmung eines Zeugen – entgegen der durch negative Erfahrungen genährten Erwartung – doch schon nach zwei Stunden vorbei ist. Also gut: Die Kammer wird sich demnächst überlegen, Zeugen vorsorglich zu laden. Dauert die Vernehmung des „Hauptzeugen“ dann doch zwei Tage, muss der Ergänzungsspieler halt solange auf der Bank im ungeheizten Flur warten. Als perfekter Ergänzungsspieler böte sich vielleicht ein Kollege von der 3. Kammer des 2. Senats an, den wir dann

aus Karlsruhe laden würden. Aber was sollen wir denn machen, wenn nach dem letzten vom Gericht geladenen Zeugen ein Beweisantrag kommt, wir dem nachgehen, und danach wieder ein neuer Antrag kommt, der dem Verteidiger natürlich schon seit Wochen vorschwebte? Und was, wenn wir zu verstehen geben, wir wollten die Beweisaufnahme schließen, die Verteidiger aber noch Anträge ankündigen, diese aber mit Rücksicht auf die gebotene Sorgfalt frühestens in zwei Wochen zu stellen gedenken? Uns fällt oft genug kein vernünftiges Programm mehr ein, das wir aufführen könnten, um so erzwungene Verhandlungspausen sinnvoll zu nutzen! Dafür setzen wir in der „frei“ gewordenen Zeit lieber ein Urteil in einer Haftsache ab.

Gelobt seien die Zeiten, in denen das BVerfG kein Super-Revisionsgericht war. Die Zeiten, in denen nicht drei Weise und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter darüber befanden, ob das Verfassen von 50 Seiten Urteil in drei Monaten noch angemessen ist oder ob es vielleicht ein bisschen mehr (Text! Nicht Inhalt!) hätte sein dürfen. Gelobt seien die Zeiten, in denen die Verfahrensgestaltung von Kollegen überprüft wurde, die auch tatsächlich selbst einmal – wenn auch vielleicht vor langer Zeit – in den betreffenden Rechtsgebieten gearbeitet hatten! Der Verfasser dieser Zeilen hat übrigens nach Niederschreiben dieser Zeilen – und nach Einsetzen der Dunkelheit – das Büro verlassen. Er hat nicht mehr eine seiner vielen Haftsachen beschleunigt. Er ist mit Kollegen ein Bier trinken gegangen, um sich der Resignation und einem Anflug von Wut zu entziehen, die ihn bei der Lektüre der Entscheidungen zu überkommen drohten.

Anm. der Redaktion: Die Unmutsäußerung, die sich **verbal** in dem Artikel gegen die BVerfG-Richter richtet, steht natürlich auch dem (Haushalts-)Gesetzgeber zu.

Aus RiSta NRW 1/2006

Justiz in Bewegung

Am JP Morgan Chase Lauf in Frankfurt (01.06. 2006) nahm die Justiz Mainz mit einer kleinen Mannschaft (20 von 62.000 Teilnehmern) teil. Die Leitung hatte – wie in den Vorjahren – der PräSLG a.D. Dr. Rolf Höfel (3. Reihe links).



PräsLG a.D. Dr. Rolf Höfel (3. Reihe links)



Das Motto „Statt sitzen lieber schwitzen“, das die eigens für den Lauf hergestellten T-Shirts zierte, reichte zwar nicht, um unter die ersten Drei des T-Shirt-Wettbewerbs zu kommen, gab einigen anderen Teilnehmern offenbar zu denken.

Bereitwillig gaben die Teilnehmer Auskunft über das Justizteam Mainz und die entsprechende Aktion des Justizministeriums.

In eigener Sache

Der **Redaktionsschluss** für das nächste Mitteilungsblatt ist der **20.11.2006**.

Impressum

Mitteilungsblatt Ausgabe 2/2006

Herausgeber:

Deutscher Richterbund – Landesverband Rheinland-Pfalz
Gerichtsstraße 6, 76726 Germersheim
www.richterbund-rlp.de

Redaktion:

- Paul Blaschke, VRLG, Landgericht Mainz
Diether-von-Isenburg-Str., 55116 Mainz
Tel.: 06131-1414228 / Fax: 06131-1414444
Email: mitteilungsblatt@richterbund-rlp.de
- Reinhard Endell, VRLG Landgericht Mainz
- Dorothee Feldmeier, RinArbG Mainz
- Dr. Wilhelm Tappert, RLSG, Mainz

Auflage: 1700 Exemplare

Druck: JVA Diez

Erscheinungsort: Mainz

Das Mitteilungsblatt wird an alle aktiven Richter und Staatsanwälte und die pensionierten Mitglieder des Landesverbandes kostenlos verteilt.